

Auf Grund der §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie der §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am **15.12.2025** folgende

12. Satzung

zur Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung) vom 31.08.2009 beschlossen.

§ 1

§ 15 Abs. 1 – Kostenerstattung – wird wie folgt geändert:

Der Anschlussnehmer hat der Stadt zu erstatten:

1. Die Kosten der Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der notwendigen Hausanschlüsse. Dies gilt nicht für den Teil des Hausanschlusses (Grundstücksanschluss), der in öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen verläuft (§ 14 Abs. 2).
2. Die Kosten der Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der weiteren, vorläufigen und vorübergehenden Hausanschlüsse (§ 14 Abs. 4).

Zu diesen Kosten gehören auch die Aufwendungen für die Wiederherstellung des alten Zustands auf den durch die Arbeiten beanspruchten Flächen.

Hierzu tritt die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer.

§ 2

§ 23 Abs. 1 – Ablesung – wird wie folgt geändert:

Die Messeinrichtungen werden vom Beauftragten der Stadt oder auf Verlangen der Stadt vom Anschlussnehmer selbst abgelesen. Der Anschlussnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen leicht zugänglich sind.

§ 3

§ 36 – Beitragssatz – wird wie folgt geändert:

Der Wasserversorgungsbeitrag beträgt je Quadratmeter (m²) Nutzungsfläche (§ 28) netto 4,09 Euro. Hierzu tritt die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer.

§ 4

§ 42 – Grundgebühr – wird wie folgt geändert:

(1) Wird zur Feststellung des Verbrauchs von Wasser, das zur Herstellung von Bauwerken verwendet wird, ein Standrohrwasserzähler oder Hydrantenanschluss verwendet, ist eine monatliche Grundgebühr von 13,81 Euro netto (14,7767 Euro brutto, einschließlich 7 % Umsatzsteuer) zu entrichten. Wird der Standrohrwasserzähler nach Tagen genutzt, so beträgt die Grundgebühr pro angefangenen Tag 0,46 Euro netto (0,4922 Euro brutto, einschließlich 7 % Umsatzsteuer).

(2) Wird zur Feststellung des Verbrauchs von Wasser ein Münzwasserzähler verwendet, wird pro Einsatz des Münzwasserzählers eine Grundgebühr von 15,00 Euro netto (16,0500 Euro brutto, einschließlich 7 % Umsatzsteuer) erhoben.

§ 5

§ 43 - Verbrauchsgebühren - wird wie folgt geändert:

- (1) Die Verbrauchsgebühr wird nach der gemessenen Wassermenge (§ 44) berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt pro Kubikmeter 4,67 Euro netto bzw. pro Kubikmeter 4,9969 Euro brutto (einschließlich 7 % Umsatzsteuer).
- (2) Wird ein Bauwasserzähler oder ein sonstiger beweglicher Wasserzähler verwendet, beträgt die Verbrauchsgebühr pro Kubikmeter 4,67 Euro netto bzw. pro Kubikmeter 4,9969 Euro brutto (einschließlich 7 % Umsatzsteuer).
- (3) Wird die verbrauchte Wassermenge durch einen Münzwasserzähler festgestellt beträgt die Verbrauchsgebühr pro Kubikmeter 4,67 Euro netto bzw. pro Kubikmeter 4,9969 Euro brutto (einschließlich 7 % Umsatzsteuer).

§ 6

~~§ 53 - Umsatzsteuer~~

~~Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.~~

§ 7

~~§ 54~~ § 53 Inkrafttreten

- (1) Soweit Abgabeansprüche nach dem bisherigen Satzungsrecht bereits entstanden sind, gelten anstelle dieser Satzung die Satzungsbestimmungen, die im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabeschuld gegolten haben.
- (2) Diese Satzung tritt am 01.08.2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wasserversorgungssatzung vom 20.12.1999 (mit allen späteren Änderungen) außer Kraft.

§ 8

Diese 12. Änderungssatzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Kandern, den 15.12.2025

Simone Penner, Bürgermeisterin

Verfahrensfehler:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Kandern geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung der Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Kandern, den 15.12.2025

Simone Penner, Bürgermeisterin